

Vorlage Stadtparlament

Datum 22. September 2020
Beschluss Nr. 4611
Aktenplan 152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Jeyakumar Thurairajah: «Können asylrechtliche Urteile der Stadt St.Gallen verbieten, Verantwortung gemäss den Prinzipien der Kinderrechtskonvention zu leben?» Beantwortung

Am 30. Juni 2020 reichte Jeyakumar Thurairajah die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «Können asylrechtliche Urteile der Stadt St.Gallen verbieten, Verantwortung gemäss den Prinzipien der Kinderrechtskonvention zu leben?» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

1 Ausgangslage

Im Zusammenhang mit der Frage der «Umsetzung der Kinderrechtskonvention in der Stadt St.Gallen» ist ein Postulat hängig.¹ Dieses fordert den Stadtrat auf, einen Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen des Kinderrechtsausschusses durch die Stadt St.Gallen zu erstellen, und bittet den Stadtrat zu prüfen, ob und wie die vier Grundprinzipien der Kinderrechtskonvention in die Gemeindeordnung sowie in andere Gemeindeerlasse einzufügen sind, um die Prinzipien für den Alltagsgebrauch privater und kommunaler Rechtsanwendungen zu operationalisieren. Für die Beantwortung dieses Postulats wird unter Berücksichtigung der bisherigen Bemühungen sowie der verschiedenen Zuständigkeiten auf Stufe Bund und Kanton eine Auslegeordnung angestrebt. Es soll eruiert werden, inwiefern sich die Empfehlungen des UNO-Kinderrechtsausschusses überhaupt an Gemeinden bzw. an die Stadt richten. Dabei wird sich zeigen, ob allenfalls Massnahmen oder Anpassungen an kommunalen Rechtsgrundlagen angezeigt sind.

¹ Vgl. dazu die Erheblicherklärung des Postulats «Umsetzung der Kinderrechtskonvention», Vorlage Nr. 3278 vom 20. August 2019, an der Sitzung des Stadtparlaments vom 24. September 2019 unverändert beschlossen.

2 Beantwortung der Fragen

1. *Welche Bedeutung haben die genannten internationalen Rechtsgrundlagen sowie die Bundesverfassung für die Verantwortlichkeit der Stadt St.Gallen gegenüber einem behinderten Kleinkind von Asylsuchenden?*

Die Stadt St.Gallen ist – wie sämtliche Behörden – an die genannten internationalen Rechtsgrundlagen sowie die Bundesverfassung gebunden. Entsprechend hat sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit die darin enthaltenen Grundsätze und Garantien zu beachten.

2. *Kann die Leistung einer angemessenen Behandlung zur Sicherung der Rechte eines behinderten Kindes gemäss den Prinzipien der Kinderrechts- und Behindertenrechtskonvention zu Sanktionen von übergeordneten Institutionen gegenüber der Stadt führen?*

Wie bereits in der Beantwortung zur Einfachen Anfrage «Handlungsbedarf bei der Umsetzung der Prinzipien der Kinderrechtskonvention in der Stadt St.Gallen»² erwähnt, ist im vorliegenden Fall mit dem letztinstanzlichen Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts die Zuständigkeit für die Betreuung der Familie an den Kanton St.Gallen zurückgegangen. Allfällige Massnahmen seitens der Stadt könnten somit gegen die übergeordnet festgelegte Kompetenzordnung sowie die Prinzipien der Gewaltenteilung, insbesondere im Zusammenhang mit rechtskräftigen Gerichtsurteilen, verstossen, was aufsichtsrechtliche Massnahmen nach sich ziehen könnte.

Dem Stadtrat ist es ein Anliegen, Menschen in Notsituationen zu helfen. Solange die Stadt St.Gallen für solche Menschen zuständig ist, setzt sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für sie ein. Dies ist auch im vorliegenden Fall geschehen³. Der Stadtrat hat sehr viel Verständnis für die Situation der Familie. Dennoch ist es ein tragender Grundsatz der demokratischen Ordnung der Schweiz, dass in die festgelegten Kompetenzen auf den drei Staatsebenen Bund, Kantone und Gemeinden nicht eingegriffen werden soll. Ebenso wichtig ist der Grundsatz, dass Urteile von Gerichten, das heisst der Judikative, für die Exekutive bindend sind.

Der Stadtpräsident:
Thomas Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilage:

- Einfache Anfrage vom 30. Juni 2020

² Vorlage Nr. 4213 vom 26. Mai 2020, S. 2.

³ Vorlage Nr. 4213 vom 26. Mai 2020, S. 3.